

VERBRAUCHER

Gift im Garten Eden

Der Nitrofen-Fund von Niedersachsen schockt Konsumenten, Biobauern und Politik gleichermaßen. Monatlang versickerten Warnhinweise bei Behörden, Hersteller versuchten, den Pestizid-Skandal zu vertuschen – das Vertrauen in die Öko-Szene ist damit fürs Erste dahin.

Der Brief datierte vom 10. April, und er gab dem brandenburgischen Landwirtschaftsministerium eine faire Sechs-Wochen-Chance, schneller zu sein als der Rest der deutschen Agrarbürokratie.

In 16 leicht verständlichen Zeilen alarmierte da der Chef einer Berliner Kontrollstelle für Öko-Höfe den zuständigen Referatsleiter, dass es Hinweise auf Pflanzenschutzmittel in Bioputen gebe. Selbst sei man zwar nicht fündig geworden, aber „ich möchte Sie dennoch hierüber informieren, da sich der Sachverhalt zu einem Skandal entwickeln könnte“.

Der Mann hatte offenbar seherische Fähigkeiten; dem Referatsleiter und seinem Vorgesetzten, Minister Wolfgang Birthler (SPD), hätte man dagegen wenigstens etwas mehr Einsicht gewünscht. Erst am 24. Mai habe das Ministerium einen Hinweis auf die Nitrofen-Affäre erhalten, behauptete Birthler noch am vergangenen Dienstag. Da fehlte jede Erinnerung an die Warnung von Anfang April.

Dass die berechtigt war, steht spätestens seit voriger Woche außer Zweifel. Ausgerechnet in der grünen Nische der Agrarindustrie ging die Bombe hoch, bei den Besser-Bauern der Öko-Landwirtschaft. Und die Schockwelle hätte nicht heftiger sein können.

Schwer getroffen: die forsche Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), die vorerst die Aura der grünen Wunderfrau eingebüßt hat. Nicht nur in Brandenburg, überall in deutschen Amtsstuben versickerten monatlang Warnhinweise auf Nitrofen-Funde, als wären immer noch Künasts lasche Vorgänger Karl-Heinz Funke (SPD) und Jochen Borchert (CDU) im Dienst.

Genauso getroffen: ihr Jahrhundertwerk, die Öko-Wende, die von der Opposition, von Bauern-

lobbyisten und Apparatschiks in den Agrarbehörden ohnehin blockiert wird. Der Skandal untermauert die Vermutung, dass sich auf deutschen Höfen im Jahr zwei nach der Zeitenwende von BSE nicht viel geändert hat.

Am stärksten aber beschädigt: die ganze Biolandwirtschaft. So wie vor eineinhalb Jahren die bizarr zum Himmel gestreckten Beine verbrannter BSE-Rinder zum Symbol einer maßlosen Massentierhaltung wurden, werden nun wohl Abertausende notgeschlachtete Nitrofen-Hühner zum Sinnbild einer offenbar maßlos überschätzten Alternative.

Denn nicht nur der Öko-Landbau hat seine „Unschuld verloren“, wie der niedersächsische Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD) vermutete, sondern auch der Konsument seine Naivität: Die Methode Bio, so hatte er geglaubt, sei im Gegensatz zum herkömmliche Landbau sicher. Nun, da Firmen wie Edeka und Tengelmann ihre Bioeier aus dem Regal ziehen und die Ministerin von „krimineller Energie“ spricht, erfährt der entsetzte Verbraucher: Bio ist allenfalls ein bisschen sicherer.

Auch im Garten Eden des deutschen Nährstandes wird lückenhaft kontrolliert, werden Mängel der Öffentlichkeit ver-



REINHARD SOBIECH / DDP

* Im August 2001 in einem Betrieb für Bioeier der Firma Wiesengold in Kargow.

Minister Backhaus, Künast, Eierfabrikant Tiemann*: „Kriminelle Energie“



GS-agri-Werk in Schneiderkrug

„Zusammenkratzen, was irgendwie Bio ist“

schwiegen. Auch hier werden Futtermittel über Händler, Zwischenhändler, Transporteure und Verarbeiter durch die ganze Republik gekarrt. Auch hier mutieren Betriebe zu Biofabriken, damit der Öko-Landbau mehr Profit bringt und die nach Gesundheitskosten lechzenden Verbrauchermassen bedient werden können. Und deshalb ist dieser Skandal keine Ausnahmeerscheinung, sondern ein Lehrbeispiel.

Nichts macht dies deutlicher als die Tatsache, dass auch beim angeblich so gläsernen Öko-Landbau bis Ende vergangener Woche kein Beamter, kein Politiker, kein Staatsanwalt mit Gewissheit erklären konnte, an welcher Stelle das Gift tatsächlich in jene 550 Tonnen Getreide gelangt ist, die von der Futtermühle GS agri im niedersächsischen Schneiderkrug verarbeitet und an über hundert Öko-Höfe verteilt worden sind.

Am vergangenen Donnerstag versuchte Künast mit ihren Länderkollegen noch einmal vergebens, die Fakten des Krimis zusammenzupuzzeln, doch die Auflösung kannte sie hinterher noch immer nicht.

Das erste Kapitel führte nach Brandenburg, in das 400-Seelen-Kaff Stegelitz. Dort wo der Geschäftsführer der örtlichen Agrarzeuger- und Vertriebsgenossenschaft (AVG), Klaus Drewelow, seine Hände tief in den Hosentaschen vergräbt und „Ick hab nüschts jemacht“ nuschelt.

Gut 300 Tonnen Weizen hat Drewelow im vergangenen September mit seinen 15 Mitarbeitern auf 1000 Hektar Fläche geerntet. Die ehemalige LPG, seit drei Jahren im Öko-Geschäft, steht für den rapiden Wandel der Biobranche, die Ende 1999 noch mit 10 425 Betrieben auf 450 000 Hektar wirtschaftete, zwölf Monate später aber schon mit 12 740 Betrieben auf 546 000 Hektar. Der Boom hat seinen ideologischen Preis: Auch Drewelow gehört zur neuen Generation der Biobauern, die sich nicht mit Körnerphilosophie belasten, sondern vor allem gutes Geld verdienen wollen.

Das verlangt Fläche, das verlangt Menge, und das setzt statt kleiner, privater Ab-



GS-agri-Chef Römman

Ein Gift namens Chuzpe

nehmer große Aufkäufer voraus. Firmen wie die Norddeutsche Saat- und Pflanzgut AG (NSP) aus Neubrandenburg.

Am 12. und 13. Oktober vergangenen Jahres holt die NSP bei Drewelow 325,34 Tonnen Öko-Weizen mit Schüttgutlastern ab, bringt sie nach Prenzlau zum Trocknen und ein paar Tage später ins eigene Öko-Getreidelager nach Malchin.

Der nächste Käufer ist ein Broker, die Firma Josef W. Busse aus Erwitte in Westfalen – auch das ein Phänomen des neuen öko-agrarindustriellen Komplexes. Denn solange Bioerzeugnisse in der Region blieben, brauchte man keine Makler, die sie, ohne die Ware je gesehen zu haben, kreuz und quer per Telefon oder Computer durch die Republik vermarkten.

Heute aber geht es kaum noch ohne die Mittelsmänner: „Wer die gewachsene Nachfrage saisonunabhängig befriedigen will, muss in der ganzen Welt zusammenkratzen, was irgendwie Bio-zertifiziert ist“, klagt Sepp Bichler, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft aus Sielenbach bei Augsburg.

Dass dann gerade bei Öko-Geschäften im großen Stil und über zahlreiche Stationen auch die größten Ferkeleien passieren, zeigt der spektakulärste Betrugsfall der Branche, der zurzeit im rheinland-pfälzischen Bad Kreuznach verhandelt wird. Dort steht ein 52-jähriger Agraringenieur vor dem Landgericht, weil er binnen 14

NITROFEN

Eigenschaften

- ▶ Hat im Tierversuch Krebs ausgelöst und schon in sehr geringen Konzentrationen Missbildungen beim Embryo hervorgerufen
- ▶ Wird unter Lichteinfluss im Boden rasch abgebaut

Zulassung

- ▶ Vertrieb seit 1980 in den alten Bundesländern verboten
- ▶ Seit 1990 vollständiges Anwendungsverbot in ganz Deutschland
- ▶ Nach Angaben des Frankfurter Industrieverbandes Agrar stellt die Chemiefabrik IHP im jugoslawischen Prahovo, als letzter Hersteller in Europa, noch Nitrofen her – die Firma dementiert das

Grenzwert

- ▶ Derzeitiger Grenzwert für Lebensmittel: 0,01 Milligramm Nitrofen pro Kilogramm
- ▶ Die höchste, jetzt in Futtergetreide gemessene Konzentration liegt bei 15,9 mg/kg

NORPHOTO

DER SPIEGEL

Römann in die „Grüne Wiesen Biohöfe“ ein, ein Unternehmen, das binnen Kürze den Markt für Bioputen aufrollte – mit einem Zulieferersystem wie in der Autoindustrie: Tiemann verkauft seine Öko-Putenküken an Dutzende Kleinmäster der Umgebung, diese beziehen das Biofutter bei GS agri, Heidemark schlachtet das fette Federvieh, und Grüne Wiesen verkauft es.

Bei den Zulieferern von Wiesengold und Grüne Wiesen landet auch das Kraftfutter, das die Futtermühle aus dem Stegelitzer Öko-Getreide hergestellt hat. So hat der Weizen von Bauer Drewelow seit der Ernte viermal den Besitzer und viermal den Lagerort gewechselt, als am 15. November der Pfaffenhofener Babynahrungshersteller Hipp Putenfleisch von Grüne Wiesen zurückweist.

Hipp, bekannt für scharfe Kontrollen, hat einen merkwürdigen Ausschlag im Gaschromatogramm festgestellt. Drei Wochen später weiß der Babykostproduzent, dass es sich um Nitrofen handelt, und Drewelows Betrieb in Stegelitz gerät unter Verdacht, das Krebsgift aufs Feld gesprüht zu haben.

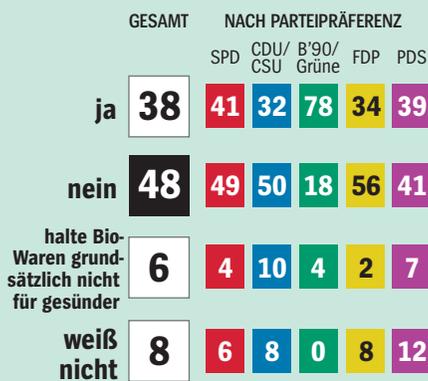


Kundin auf einem Öko-Markt in Hamburg

CHRISTIAN AUGUSTIN

Vertrauensschwund

„Halten Sie, angesichts der jüngsten Pestizid-Funde, Bio-Waren trotzdem für gesünder als Produkte der konventionellen Landwirtschaft oder nicht?“



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 28. bis 30. Mai; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: keine Angabe

Der Fund eines Stoffes, der schon seit 1990 verboten ist (siehe Grafik Seite 79), spricht erst einmal für die Öko-Landwirtschaft, so paradox das klingen mag. Wäre nämlich die Pute als Federvieh aus traditioneller Aufzucht deklariert in den Handel gekommen, das Giftfleisch wäre sicher im Bauch eines Verbrauchers gelandet. Denn die gängigen Lebensmittelkontrollen sind dürftig; schon gar nicht wurde hier bisher nach Nitrofen gefahndet.

Damit aber endet auch schon die Erfolgsstory der Ökos. Was nun folgt, sechs Monate lang, von November bis Mai, ist eine Krisenbewältigung mit dem stinkenden Stallgeruch der alten, herkömmlichen Landwirtschaft.

Nach dem Nitrofen-Treffer im Hipp-Labor schaltet auch der Putenfabrikant Grüne Wiesen Wissenschaftler ein: Am 28. Januar liefert er Proben an die Bundesforschungsanstalt für Fleischforschung (BAFF) in Kulmbach, etwa zur gleichen Zeit an das Hamburger Labor Specht.

Doch die Sache kommt nicht recht in Gang. Weil die Technik für die Nitrofen-Analyse zunächst fehlt, sind die Fleisch- und Futterproben bei Specht erst am 12. März, in Kulmbach am 27. März ausgewertet. In der Zwischenzeit, unkt Hanns-Dieter Rosinke, Sprecher des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Bartels, könnten Tausende Pestizidputen „verputzt worden sein“.

Selbst als die Ergebnisse aber bekannt werden, passiert zunächst nicht viel. Die Kulmbacher Fleischforscher machen ihrem Dienstherrn in Berlin keine Meldung, Begründung: Es habe sich um eine private Probe gehandelt. Als der Auftraggeber versichert habe, dass das Fleisch nicht in den Handel komme, habe man sich damit zufriedengegeben, rechtfertigt sich BAFF-Chef Karl-Otto Honikel.

Auch die GS agri schweigt, obwohl nun weitere Tests ihres Futters den exorbitanten Wert von 5,96 Milligramm pro Kilogramm ergeben – eine Form der Informationsverarbeitung, die viele Experten in den Ministerien für rechtswidrig halten.

Paragraf 17 des Futtermittelgesetzes legt nämlich fest, dass bei einer schwer wiegenden Gefahr für die menschliche und tierische Gesundheit „unverzüglich“ die Behörden einzuschalten sind. Ulrike Höfken (Bündnis 90/Die Grünen), stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Landwirtschaft, hält Honikels Verschwiegenheit deshalb „für saudoof“.

So ruhen zwischen März und Mai die brisanten Datenblätter mit den Nitrofen-Werten unter irgendwelchen Akten-



JORG SARBACH / AP

Minister Bartels
„Die Unschuld verloren“

deckeln. Auch das Institut für Marktökologie (IMO) in Konstanz, das die Öko-Standards der GS agri kontrollieren soll, hält still. Zwar sei er offiziell „Mitte März“ informiert worden, sagt IMO-Kontrollstellenleiter Thomas Schneider heute, doch da seien die Nitrofen-Werte wieder bei null gewesen. Unternommen habe er nichts, gesteht Schneider.

Wenn niemand etwas sagt, muss das System versagen, mit dem alle Öko-Betriebe in Deutschland überwacht werden. Jeder Hof muss demnach eine der 22 bundesweit anerkannten

Kontrollstellen beauftragen, ihn einmal im Jahr zu überprüfen – ohne Testat darf kein Bauer Lebensmittel oder Futter mit dem Siegel „Öko“ verkaufen.

Allerdings ist die Kontrolle meist eine Farce: Die Prüfer schlagen fast immer nur in den Büchern nach und schauen sich Felder und Hallen an; Proben für chemische Analysen nehmen sie nur selten mit.

Als eine EU-Delegation 1999 mal nachzählte, stellte sie fest, dass die Öko-Prüfer in ganz Deutschland im Jahr zuvor genau 34 Teströhrchen gefüllt hatten. Selbst in Verdachtsfällen scheuten Aufpasser den Gang ins Labor und beließen es beim Studium der Unterlagen. Andererseits: Die EU selbst schreibt erst seit Dezember 2001 zwingend vor, dass bei einem Verdacht auch eine Probe gezogen werden muss.

Die Giftsuche bei Grüne Wiesen und seinem Futtermittellieferanten GS agri im Frühjahr verläuft in diesen Wochen intern – und zunächst ergebnislos: Alle Beteiligten beteuern, mit Nitrofen nie etwas zu tun gehabt zu haben. Hipp, Grüne Wiesen und GS agri installieren zudem ein Kontrollsystem, mit dem bereits jede Rohstofflieferung auf Nitrofen analysiert wird.

Sie fühlen sich jetzt sicher: Statt Kunden und Öffentlichkeit zu unterrichten, kümmern sie sich um ihre Schadensersatzforderungen. Schon am 26. März fordert die GS agri von dem Getreidemakler Busse Regress, weil der Futterweizen vom 1. November erheblich mit Nitrofen belastet gewesen sei.

Busse wiederum hält sich am 27. März an seinen Lieferanten NSP, die NSP am 3. April an den Bauern in Stegelitz, der am 21. Mai auch noch einen scharfen Brief direkt von den Anwälten der GS agri bekommt. Der Einsatz von Nitrofen, schreiben die Juristen, sei strafbar und könne „darüber hinaus Grundlage für Eingriffsakte der zuständigen Überwachungsbehörden sein“. Briefe über Briefe, nur den Verbraucher informiert niemand. Ein Kartell des Vertuschens und Verschweigens.



MARIO MOSCHEL / DDP

Mähdrescher bei der Weizenernte: Sabotage gegen Öko-Bauern?

Getreidemakler Busse schaltet immerhin umgehend seine eigene Kontrollstelle ein, die Göttinger Gesellschaft für Ressourcenschutz, die sich in einer Telefonkonferenz mit den Kontrollstellen des Stegelitzer Betriebs und der NSP zusammenschaltet. Und wenigstens diese Herren wollen, das ist nun neu, nicht schweigen.

Mitte April bekommt das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Brandenburg endlich jenen Brief, der den zuständigen Referatsleiter vor einem aufziehenden Skandal in der Öko-Branche warnt – „damit Sie von Anfang an über so eine Möglichkeit informiert sind“. Doch die Bürokraten in Potsdam geraten ebenso wenig in Wallung wie die Lüneburger Bezirksregierung, bei der die Busse-Prüfer ebenfalls Alarm schlagen.

Und auch ein Gespräch, das am 25. März am Rande einer Tagung in Detmold zwischen einem Kulmbacher Fleischforscher und einem Vertreter des Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsamts Oldenburg stattfindet, bleibt ohne Folgen. Thema des kleinen Diskurses: die wachsende Zahl von Nitrofen-Untersuchungen.

Da passt es ins Bild, dass auch der zuständige Biobauernverband „Naturland“ nicht aufschreit, bei dem Grüne Wiesen und Wiesengold Mitglied sind. Spätestens im April weiß er über die Funde Bescheid – und setzt darauf, dass andere reagieren.

Derweil, über Wochen und Monate bis in den April hinein, scheint es den Emsteker Putenerzeuger Grüne Wiesen nicht sonderlich zu kümmern, dass verseuchte Ware auf dem Tisch der Konsumenten landen könnte. Erst durch den Tipp eines Grüne-Wiesen-Konkurrenten erfahren deshalb

Mitte April auch die Verantwortlichen des Wurstherstellers Meica im Ammerland von dem Nitrofen-Verdacht.

Meica stellt unter dem Namen „Bio-Krusenhof“ seit der BSE-Krise Biogeflügelwurst her und bezieht dazu Putenfleisch aus Emstek. Nach dem anonymen Tipp lässt die Wurstfabrik nun im April drei Chargen Biowurst auf Nitrofen untersuchen. Als am 25. April die Ergebnisse vorliegen – zwei von drei Proben sind belastet –, informiert Meica den Ammerländer Kreisveterinär Jörn Remmers, der die Untersuchung alter, zurückgestellter Proben veranlasst.

Das Resultat: Schon seit September haben die Meica-Würstchen immer wieder Nitrofen-Spuren enthalten, ohne dass dies bei den hauseigenen Routinekontrollen aufgefallen wäre. Auf Weisung von Remmers startet Meica daraufhin Ende April eine Rückrufaktion. Rund 80000 Würstgläser sollen aus den Supermarktregalen herausgenommen werden. Vermutlich rund die Hälfte lässt sich noch auftreiben. „Die restlichen Würstchen wurden wohl aufgegessen“, glaubt Remmers.

Und nicht nur Meicas Nitrofen-Würstchen. Auch Eier und Geflügel der Naturkost-Vermarkter Tagwerk und Dennree in Bayern sind schon durch den Magen. Und in noch viel größerer Zahl die Produkte der Bioeigenmarken großer Ketten wie Metro, real und Edeka. Sie alle beziehen ihr Biofood aus den Ställen von Grüne Wiesen oder Wiesengold.

Der Wurstverkäufer Meica zeigt sich nun selbst bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg an. Am 29. April telefoniert auch Veterinär Remmers mit einem Ermittler in

Oldenburg, schreibt am gleichen Tag eine Strafanzeige gegen unbekannt und informiert das niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit.

Doch es ist – unglaublich, aber wahr – wie sooft in dieser Affäre: Obwohl Remmers in seinem Brief die Quelle des belasteten Fleisches, die Firma Grüne Wiesen nennt, passiert an deren Firmensitz im nahen Kreis Cloppenburg wochenlang nichts.

Die Staatsanwaltschaft hat zwar am 6. Mai einen Brief auf den Dienstweg Richtung Cloppenburg gegeben. Doch erst am 16. Mai kommt das Schreiben beim Veterinär der Kreisverwaltung an. Einziger Inhalt: eine Bitte um Rückruf. Erst am 24. Mai, fast einen Monat nach dem Ammerländer Fund, stellt die Polizei 287 Tonnen Fleisch in einem Emsteker Kühlhaus und in der Grüne-Wiesen-Zentrale sicher.

Wäre sie schneller gewesen, hätte sie zumindest noch eine Lieferung von 20 Tonnen Bioputenfleisch ins russische Kaliningrad abfangen können. Die Staatsanwaltschaft geht heute dem Verdacht nach, der Putenzüchter habe sich des Nitrofen-Problems durch Export entledigen wollen.

Am 2. Mai schlägt dann auch das neue Frühwarnsystem bei GS agri zum ersten Mal Alarm: Wieder steckt Nitrofen im gelieferten Getreide. Zögerlich beginnt GS agri, schon ausgeliefertes Futter aus den Silos der Mäster und Eierhersteller gegen saubere Ware auszutauschen – warum, das erfahren die Mäster nicht.

Ein Biohändler wird am 17. Mai immerhin schlauer: Eines seiner Wiesengold-Eier hat eine Nitrofen-Belastung von 0,02 Milligramm. Ein von Wiesengold-Chef Heinrich Tiemann eingeschaltetes Labor bestätigt fünf Tage später den Befund; Tiemann muss Hallen mieten, um ein paar Millionen Eier zurückzuholen oder ihre Auslieferung zu stoppen.

Doch das Ende der langen Heimlichttueri lautet erst ein Anruf von Thomas Dosch am vorvergangenen Donnerstag im Berliner Verbraucherschutzministerium ein. Der Geschäftsführer vom Öko-Verband „Bioland“ erzählt Staatssekretär Alexander Müller ganz nebenbei von dem Gerücht über Nitrofen-vergiftetes Futtergetreide. Von da erreicht das Gerücht das niedersächsische Landwirtschaftsministerium, und das Aufräumen beginnt.

Bei der Überprüfung aller Eigenkontrollen bei GS agri stellt sich heraus, dass rund ein Drittel aller aufbewahrten Proben – genau 31 – Nitrofen-belastet waren, davon drei mit extrem hohen Werten. Stark verseucht ist Getreide vom Hof im brandenburgischen Stegelitz, weniger belastet sind die Futtermittel von mindestens drei weiteren Höfen in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und auch Mecklenburg-Vorpommern. Und von 26 neuen Testproben weisen immerhin noch 11 – wenn auch nur leichte – Rückstände auf.

Doch noch bis Ende vergangener Woche war nicht klar, wie das Nitrofen in die Futtermittel gelangte. Es gibt drei Theorien.

Erstens: Sabotage. Öko-Bauern halten einen Anschlag für wahrscheinlich, der die Wachstumsbranche schädigen sollte; dagegen spricht, dass dann mehr als 30 Lastwagenladungen manipuliert worden sein müssten.

Zweitens: illegaler Pestizideinsatz. Doch dafür sind die Nitrofen-Werte viel zu hoch. Außerdem fand sich zumindest bei der Überprüfung restlicher Körner vom Hof in Stegelitz, der neben drei weiteren Betrieben in Verdacht geraten ist, kein Gift.

Drittens: Schlamperei. Irgendwo auf dem Weg vom Feld in die Futtermühle muss das Getreide direkt mit Nitrofen in Berührung gekommen sein.

Dass ein offener Nitrofen-Sack oder alte Rückstände in Lagern das Getreide verseucht haben könnten, hielten die Fachleute im niedersächsischen Ministerium zunächst für wahrscheinlich. Als aber am Donnerstagabend die Ergebnisse für die neuesten Proben vorlagen, wankte auch diese Theorie: Der kontrollierte Weizen war bei der Anlieferung noch sauber; als er aus der Mühle kam, enthielt er Nitrofen.



JORG SARRBACH / AP

Laboruntersuchung auf Nitrofen
Kartell des Vertuschens

Ein Indiz für ein Giftnest in der Anlage. Das wäre – geschlagene sechs Monate nach dem ersten Fund – noch ein weiterer handfester Skandal.

Die heißeste Spur aber ergab sich am vergangenen Freitag: Die R + V Versicherung in Wiesbaden, eingeschaltet von GS-agri-Chef Römman, hatte im April vom Chemischen Labor Dr. Wirts und Partner in Hannover eine Probe untersuchen lassen. Ergebnis: eine Rekordbelastung von 15,9 Milligramm pro Kilo Öko-Weizen. Noch brisanter: Die Probe enthielt drei weitere Pflanzenschutzmittel – allesamt verboten – und stammte nicht aus Öko-

Anbau. Das Resultat, resümierten die Experten, „spricht für eine Vermischung des Öko-Futtergetreides mit belastetem Getreide aus konventionellem Anbau“. Die Kontrolleure tippen auf Saatgut. Hat also jemand Restbestände an verbotenen Herbiziden über einer Charge Saatgut entsorgt, die auf irgendeinem Weg in der Öko-Mühle landete?

Die Verbraucher wissen derweil kaum noch, worüber sie sich mehr aufregen sollen: über die Futterpanscher, die Vertuscher oder die saumseligen Kontrolleure. Das Vertrauen eines Großteils der Bundesbürger in die grüne Ware ist angeknackst (siehe Umfrage Seite 80).

Während aber die Kunden um die Gesundheit fürchten, zittern die mehr als hundert gesperrten Biohöfe, auf denen GS-agri-Futter gelandet ist, um ihre Existenz. Allein die 1500 vergifteten Puten, die vorige Woche noch fröhlich vor der Haustür des Grüne-Wiesen-Mästers Martin Mucker aus dem niedersächsischen Ellenstedt scharren, hatten vor dem Nitrofen-Fund einen Wert von 30 000 Euro. Jetzt sind sie ein Fall für die Futtermühle; allein in Mecklenburg-Vorpommern könnten nach Schätzungen von Agrarminister Till Backhaus (SPD) mehr als 60 000 Hühner für die Volksgesundheit geköpft werden.

Trotzdem traute sich Paul Römman, Geschäftsführer der GS agri, am Donnerstag vergangener Woche noch einmal, öffentlich Gift zu verteilen, nur dass das Gift diesmal nicht Nitrofen, sondern Chuzpe hieß. Offenbar, so argumentierte Römman, gegen dessen Firma nun die Staatsanwaltschaft Oldenburg ermittelt, seien doch weder Behörden noch Kontrollstellen von schwer wiegenden Gesundheitsgefahren ausgegangen. Wohl deshalb, exkulpierte sich der Futterbaron indirekt selbst, hätten sie weder Öffentlichkeit noch übergeordnete Stellen informiert. Die Behörden reagierten nun umgehend: Am Freitag schlossen sie die Öko-Mühle der GS agri.

Auch in Berlin war man für Spitzfindigkeiten nicht zu haben: Union und FDP forderten platt Künasts Rücktritt; dabei agierte die Opposition mindestens so dreist wie der Geschäftsführer der mutmaßlichen Giftschleuder in Schneiderkrug. Denn noch am Freitag ließen die unionsgeführten Länder Künast im Bundesrat bei zwei von drei Gesetzen auflaufen, mit denen diese die Verbraucher besser schützen wollte. So

► bekam die Ministerin lediglich eine Mehrheit für das Öko-Landbaugesetz, das die Kontrollstellen verpflichtet, Un-

Die Krisen-Gewinnler

Umsatzzuwachs für Öko-Produkte 2001 gegenüber dem Vorjahr

Trinkmilch	+ 60 %
Geflügelfleisch	+ 60 %
Eier	+ 60 %
Schweinefleisch	+ 50 %
Obst und Gemüse	+ 50 %
Kartoffeln	+ 30 %
Getreide	+ 30 %
Rindfleisch	+ 20 %

DER SPIEGEL

Quelle: Schätzung
Zentrale Markt- und
Preisberichtsstelle

GRÜNDE:

- BSE-Krise
- Maul- und Klauenseuche
- Schweinepest

stimmigkeiten auf Biohöfen zu melden; ► fiel andererseits das Verbraucherinformationsgesetz durch, mit dem die Hersteller verseuchter Lebensmittel öffentlich genannt und alle Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen gemacht werden sollten;

► sperrte sich die Union außerdem gegen das Gesetz zur Neuorganisation des Verbraucherschutzes, mit dem eine zentrale Sammelstelle für Hinweise auf Lebensmittelchemie gegründet werden sollte.

Spätestens als die Unionsmehrheit beim Verbraucherinformationsgesetz auch noch den Ruf nach dem Vermittlungsausschuss ablehnte, war klar, was CDU und CSU nur müde bestreiten: Längst bestimmt der Wahlkampf das Bewusstsein.

Entsprechend gelassen reagierte auch der Kanzler auf die Hiobs-Botschaften der vergangenen Woche. Als Gerhard Schröder am Mittwoch die Kabinettsitzung vorzeitig verlassen musste, mahnte er – schon im Aufbruch – seine Regierungsmannschaft, der bedrängten Kollegin in nächster Zeit zur Seite zu stehen. Schröder: „Wir brauchen jetzt mehr Agrarwende, nicht weniger.“

PHILIP BETHGE,
ANNETTE BRUHNS, ANNETT CONRAD,
JÜRGEN DAHLKAMP, MICHAEL FRÖHLINGSDORF,
UDO LUDWIG, CORDULA MEYER,
GERD ROSENKRANZ, HOLGER STARK

Gegendarstellung

In DER SPIEGEL Nr. 7 vom 09.02.2002 wird in dem Artikel unter der Überschrift „Wie in Sizilien“ auf Seite 57 über den Marseille-Konzern in Bezug auf das Jahr 1998 berichtet: „Die Eigenkapitalquote lag gerade mal bei 13 Prozent.“

Hierzu stelle ich fest: Die Eigenkapitalquote des Konzerns betrug zum 30.06.1998 21,9% und zum 30.06.1999 20,5%.

Hamburg, den 16.04.2002

Marseille-Kliniken AG

Wilhelm Hecker

Vorstandsvorsitzender

Die unterschiedlichen Prozentsätze der Eigenkapitalquote beruhen auf verschiedenen gebräuchlichen Berechnungsmethoden. Während der SPIEGEL Sonderposten mit Rücklagenanteil bei der Ermittlung der Eigenkapitalquote nicht mit einbezieht, werden diese bei der Berechnung der Marseille-Kliniken AG berücksichtigt. –Red.